

ANGST VOR SPIONAGE

Jetzt verbietet auch Japan Regierungsaufträge für Huawei und ZTE

AKTUALISIERT AM 07.12.2018 - 09:48



Inmitten der Affäre um seine Finanzchefin muss Huawei einen weiteren Rückschlag hinnehmen: Auch die japanische Regierung will nicht mehr mit dem chinesischen Unternehmen zusammenarbeiten.

Die japanische Regierung will Insidern zufolge keine Lieferverträge mehr mit den chinesischen Telekommunikationskonzernen Huawei und ZTE abschließen. Ein entsprechendes Verbot für Regierungsbehörden sei geplant, sagten eine mit dem Vorgang direkt vertraute Person und eine weitere, die darüber informiert wurde, am Freitag der Nachrichtenagentur Reuters.

Die Zeitung „Yomiuri“ hatte über das Vorhaben zuerst berichtet. Demnach werde die Regierung womöglich am Montag ihre internen Beschaffungs-Vorschriften überarbeiten als Teil ihrer Bemühungen, Geheimdienst-Lecks und Cyberangriffe zu verhindern.

In den westlichen Industriestaaten steht Huawei schon länger am Pranger: Sie befürchten eine Einflussnahme durch die Regierung in Peking, Spionage und Störung der nationalen Netze. **Zuletzt forderte Amerika verbündete Staaten dazu auf, insbesondere bei dem jetzt anlaufenden Ausbau des super schnellen 5G-Netzes auf Huawei-Technologie zu verzichten.** Ein

entsprechendes Embargo wurde zuletzt von Neuseeland, Australien und Großbritannien verhängt.

MEHR ZUM THEMA ^{1/2}



HUAWEI-MANAGERIN MENG WANZHOU
Kanadas Premier wusste von geplanter Festnahme



HUAWEI-FINANZCHEFIN VERHAFTET
Eine Demütigung für Peking



ANGST VOR SPIONAGE
Washington will, dass Deutschland Huawei meidet

Die Huawei-Finanzchefin Meng Wanzhou war am Samstag nach Aufforderung der amerikanischen Behörden im kanadischen Vancouver festgenommen worden. Hintergrund der Festnahme sind Insider zufolge unter anderem mutmaßliche Verstöße gegen Iran-Sanktionen Amerikas. Ähnliche Sanktionsverstöße brachten in der Vergangenheit bereits dem zweitgrößten chinesischen Netzbauer **ZTE** scharfe Auflagen und ein zwischenzeitliches Lieferverbot in den Vereinigten Staaten ein.

Quelle: jsa./Reuters

[Hier](#) können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben.

WEITERE THEMEN



HUAWEI-MANAGERIN

Pekinger Geiseldiplomatie

Weil sie gegen Sanktionen verstoßen haben soll, sitzt Huawei-Finanzchefin Meng seit Dezember in Kanada in Haft. China kämpft mit harten Bandagen um die Freilassung. In Kanada macht sich der massive Druck langsam bemerkbar.



NACH KRISE

Deutsche Bank schafft kleinen Gewinn

Nach drei Verlustjahren schreibt größte deutsche Geldhaus wieder schwarze Zahlen. Das vierte Q 2018 wurde jedoch durch die Turbulenzen an den Finanzmärkten deutlich negativ geprägt.



VORSTANDSCHEF ERIC XU WARNT



SUPER BOWL

„Wollen Sie wirklich das Ende von Huawei?“

Der chinesische Technologiekonzern Huawei soll das deutsche 5G-Netz mitbauen – wären da nicht die Spionagevorwürfe. Jetzt ruft der Vorstandschef eine Warnung aus und beweist damit: Es geht um viel.

Fünf Millionen Dollar 30 Sekunden Werbung

Wenn beim 53. Super Bowl am Sonntag die New England Patriots gegen die Los Angeles Rams antreten, dann werden sich nicht nur aus sportlichen Gründen vier Millionen Amerikaner vor dem Fernseher versammeln.

ÄHNLICHE THEMEN HUAWEI ZTE JAPAN REUTERS ALLE THEMEN

TOPMELDUNGEN



FEINSTAUB-DEBATTE

Wir brauchen striktere Grenzwerte – vor allem für unsere Kinder

Diabetes, Depressionen, Angstzustände: Das soziale Gift sind nicht die Grenzwerte. Dreckige Luft schadet unserer Gesundheit massiv. Besonders betroffen sind Kinder. Eine Analyse



NETZAUSBAU

Auf die Stromkunden kommen neue Milliardenkosten zu

Die Regierung will mehr Ökostrom. Dafür muss das Leitungsnetz ausgebaut werden. Dessen Betreiber haben jetzt neu



VORSTOSS DES ARBEITSMINISTERS

Zank um Heils neue Grundrente

Die Pläne des Bundesarbeitsministers, kleine Renten erheblich aufzustocken, stoßen auf ein geteiltes Echo. Rentenexperten üben harsche



FRIST ABGELAUFEN

Spanien und Österreich erkennen Guaidó an

Spaniens Ministerpräsident Sánchez sagt, das Land stelle sich hinter Guaidó als Interimspräsidenten Venezuelas. Auch Frankreich ist kurz davor. Staatschef Maduro

nachgerechnet. Für Verbraucher wird das teuer.

Kritik, doch es gibt auch viel Lob – teils von überraschender Seite.

in der Nacht ein Ultimatum verstreichen lassen.

NEWSLETTER

IMMER AUF DEM LAUFENDEN

Sie haben Post!

Abonnieren Sie unsere FAZ.NET-Newsletter und wir liefern die wichtigsten Nachrichten direkt in Ihre Mailbox.

Newsletter wählen

Ihre E-Mail-Adresse

ABONNIEREN

VERLAGSANGEBOT

Folgende Karrierechancen könnten Sie interessieren:

Stellen

Risikomanager (m/w) Leben Klassik
ERGO Group AG

Vertriebsbeauftragter (m/w)
Chiffre

Studentische Aushilfskraft (m/w) Online-Shop-Management
FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GmbH

Leitung des Fachgebiets Bauordnung (m/w)
Stadtverwaltung Baden-Baden

WEITERE STELLENANGEBOTE

SERVICES

Abo-Service

Best Ager

FAZ.NET als
Startseite

Apps

Finanz-Services

Tarifrechner

Newsletter

In

Routenplaner

Stellenmarkt

Spiele

Gutscheine

Veranstaltungen

Whatsapp & Co.

TV-Programm